

ANTRÄGE

**Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Lichtenberg
am 27. Januar 2018**

Beschlussbuch

Stand : 27.01.2018

ANTRÄGE

1. Beschlossene Anträge

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag A01-18

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich bei einigen Enthaltungen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission:

- 1 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen;
- 2 100 % Finanzierung von Kitaplätzen auch für Träger

- 3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates und die sozialdemokratischen Mit-
- 4 glieder des Abgeordnetenhauses, werden ersucht, eine hundertprozentige Finanzierung der
- 5 belegten Kitaplätze bei Trägern zu schaffen. Die geltende Finanzierung von 93 Prozent ist so-
- 6 mit auf 100 Prozent – wie es bei den Berliner Eigenbetrieben der Fall ist – zu erhöhen. Die Trä-
- 7 ger übernehmen Aufgaben des Landes Berlins in der Bildung unserer Kinder und sollten hierfür
- 8 auch mit 100 % finanziert werden. Die Personalvergütung bei den freien Trägern muss der in
- 9 öffentlichen Kitas zu 100% angeglichen werden, ebenso die Qualifizierung und Pflicht zur Aus-
- 10 bildung.

- 11 **Begründung des Antrages:**
- 12 In Berlin können derzeit tausende Plätze wegen fehlender Fachkräfte nicht belegt werden.
- 13 Alleine in Lichtenberg könnten 500 der 2000 fehlenden Plätze belegt werden, wenn es nur Per-
- 14 sonal gäbe.
- 15 Die Gründe für ein Fehlen von Erzieherinnen und Erziehern liegt in der fehlenden Attraktivität
- 16 des Berufes. Mangelnde Wertschätzung wird unter anderem in der geringen Vergütung sicht-
- 17 bar, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern.
- 18 Die Träger der Kindereinrichtungen haben zunehmend Probleme, ihre Betreuungsangebote
- 19 ausreichend zu finanzieren. Kosten für Miete, Energie und Unterhaltung der Kitas steigen un-
- 20 aufhörlich. Die 7 % Eigenanteil lt. Kostenblatt werden nicht selten von den Gehältern der Be-
- 21 schäftigten abgezogen.
- 22 Hier muss der Senat handeln und die überfällige 100%ige Ausfinanzierung endlich ins Kosten-
- 23 blatt einstellen.
- 24

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A02-18

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich bei einer Nein-Stimme und zwei EnthaltungenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

1 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen;

2 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen

3 *Kostenfreies Schulessen*

4 Auf Zuzahlung für das Schul- und Hortmittagessen wird verzichtet.

5

6 Dazu sollen:

7

8 1. Die sozialdemokratischen Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag im Jahr 2018 ei-
9 nen Gesetzesentwurf einbringen, damit der Bund vollständig die Finanzierung übernimmt.10 2. Der Berliner Senat soll zudem über eine erneute Bundesratsinitiative versuchen, eine Ände-
11 rung der bundesgesetzlichen Regelungen anzuregen.12 3. Sollten diese Aktivitäten nicht erfolgreich sein, sichern Senat und Berliner Abgeordnetenhaus
13 mit dem Haushaltsbeschluss für die Haushaltsjahre 2020/ 2021 und folgend die Finanzierung.

14

15 *Begründung:*16 Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket sind im SGB II und SGB XII geregelt und sol-
17 len Kinder von arbeitslosen, arbeitssuchenden oder auf Sozialhilfe-angewiesenen Eltern die
18 Teilnahme an Klassenfahrten, persönlichem Schulbedarf, Lernförderung sowie Mittagsverpfle-
19 gung sichern. Durch diese Leistungen soll trotz Armut von Kindern und Jugendlichen sowie von
20 Schülerinnen und Schülern im Bereich, die gesellschaftlichen Teilhabe und Bildungsteilhabe
21 sichergestellt werden.22 Gerade die auf eine Teilnahme an der Mittagsversorgung sollte im Rahmen des Ausbaus des
23 Ganztagsunterrichts geachtet werden. Die unsinnige Zuzahlungsregelung führt in einigen Fäl-
24 len zum gänzlichen Verzicht der Eltern auf Inanspruchnahme der Leistungen.25 Zudem stellt das "Eintreiben" der Zuzahlung einen unverhältnismäßig großen Verwaltungs-
26 aufwand dar.

27

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A03-18

Antragsteller: Jusos Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich bei drei Nein-Stimmen und einer EnthaltungWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**1 **#NoGroKo**

2

3 Die SPD-Lichtenberg spricht sich gegen eine große Koalition aus.

4

5 Wir bleiben dabei: Die Absage der SPD an eine Fortsetzung der Großen Koalition war zwingend
6 und richtig. Der Bundesparteitag hat sich für ergebnisoffene Gespräche für eine Regierungsbil-
7 dung ausgesprochen. Die beschlossenen inhaltlichen Leitlinien stellen für uns Mindeststan-
8 dards dar, die keinesfalls unterschritten werden dürfen.

9

10 Eine erneute Große Koalition ist für uns dabei nach wie vor kein denkbare Ergebnis der Ge-
11 spräche. Unsere Ablehnung erwächst dabei nicht aus einer Verweigerungshaltung. Diese Ab-
12 lehnung hat klare politische und inhaltliche Gründe, die auf unseren Grundüberzeugungen und
13 den Erfahrungen mit der Union basieren.

14

15 Unsere Gesellschaft ist im Wandel und viele Menschen sind davon verunsichert. Als Sozialde-
16 mokratie stehen wir in der Verantwortung, darauf zukunftsweisende Antworten zu finden.
17 Unsere Zeit braucht grundlegende Antworten – in einer großen Koalition können wir diese
18 nicht finden.

19

20 Als SozialdemokratInnen haben wir genug von den einseitigen Verantwortungsaufforderungen der
21 letzten Tage und Wochen. Wir müssen mutig an unseren Überzeugungen und Grundwerten
22 festhalten und wieder Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit finden. Nur wenn
23 uns das gelingt, wird die SPD wieder glaubwürdig werden und auch künftig noch eine treiben-
24 de politische Kraft in Europa und der Bundesrepublik sein. Die Absage an die Fortführung der
25 Großen Koalition ist eine grundlegende Voraussetzung für die Erneuerung der sozialdemokra-
26 tischen Idee und somit für die Bewahrung der SPD als Verfechterin von Freiheit, Gerechtigkeit
27 und Solidarität in einer sich rasch wandelnden Welt. Die letzten Jahre sowie ein Blick in unsere
28 europäischen Nachbarstaaten lehren uns: Wer aus Gründen der kurzfristigen Stabilität den
29 Weg in eine Große Koalition ebnet, setzt mittelfristig die eigene politische Existenz aufs Spiel.
30 Das ist nicht hinnehmbar. Für uns gilt deshalb weiterhin: #NoGroKo!

31

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A09-18

Antragsteller: AK Bildung Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich bei einer EnthaltungWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 **Größtmögliche Transparenz bei Sanierung und Neubau von Schulgebäuden und Schulsporthal-**
 3 **len in Berlin herstellen**
- 4 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats sowie der Be-
 5 zirksverordnetenversammlungen und der Bezirksämter werden aufgefordert, sich auf der Ebe-
 6 ne des Landes und der Bezirke fortlaufend für größtmögliche Transparenz bei der Erfassung,
 7 Planung und Umsetzung erforderlicher Sanierungs- und Neubaumaßnahmen im Bereich der
 8 Schulgebäude und Schulsporthallen einzusetzen. Dies gilt auch für den Fall einer privatrecht-
 9 lich organisierten Umsetzung von Maßnahmen.
- 10 Durch öffentlich, insbesondere digital zugängliche Informationen sowie durch gezielte Infor-
 11 mations- und Diskussionsveranstaltungen für interessierte Bürger*innen soll ein umfassendes
 12 und für die Öffentlichkeit transparentes Bild entstehen, das Handlungsbedarfe nachhaltig er-
 13 fasst, Sanierungs- und Neubauplanungen ausweist und Baufortschritte darlegt. Abweichungen
 14 von ursprünglichen Planungen sollen unter Angabe von Gründen und vorgesehenen Lösungs-
 15 ansätzen aufgeführt werden.
- 16 Ferner soll die Bezifferung des verbleibenden Sanierungsrückstaus ebenso Gegenstand dieser
 17 transparenten Informationspolitik sein wie Angaben zum bestehenden sowie mittel- und lang-
 18 fristig absehbaren Verhältnis zwischen Schulplatzangebot und –bedarf in unterschiedlichen
 19 Prognoseräumen.
- 20 **Begründung**
- 21
- 22 Der Neubau und die Sanierung von Schulgebäuden und Schulsporthallen ist angesichts der
 23 Dringlichkeit des damit verbundenen Erhalts bzw. der Erweiterung der Schulplatzkapazität von
 24 besonderer gesellschaftlicher Bedeutung. Gerade die aktuelle Schulbauoffensive wird von brei-
 25 ten Teilen der Berliner Bevölkerung mit großem Interesse verfolgt. Die Herstellung größtmögli-
 26 cher Transparenz ist daher überaus sinnvoll um sowohl die Erfassung und Planung erforderli-
 27 cher Neubau- und Sanierungsmaßnahmen als auch ihre Umsetzung für die Bürger*innen nach-
 28 vollziehbar zu gestalten, Fortschritte zu dokumentieren und Planungsabweichungen ggf. mit
 29 Begründung und Reaktionen hierauf darzulegen.
- 30

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg Kreis 11**Antrag A10-18

Antragsteller: AK Bildung Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich bei einer Nein-StimmeWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 **Schulinfrastruktur an wachsende Schüler*innenzahlen anpassen**
- 3 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen und der Bezirks-
- 4 ämter werden aufgefordert, bei jeder Schulbaumaßnahme in ihrem Bezirk, die mit wachsen-
- 5 den Schüler*innenzahlen an einem bestehenden Standort verbunden ist, zu prüfen, inwieweit
- 6 Anpassungen der Schulinfrastruktur erforderlich sind und sich bei festgestelltem Bedarf für
- 7 deren Umsetzung einzusetzen.
- 8 Das betrifft beispielsweise den wachsenden Bedarf an Mensaplätzen ebenso wie steigende
- 9 Anforderungen an die technische Ausstattung oder auch den zunehmenden Bedarf an Sport-,
- 10 Spiel- und Freiflächen.
- 11 **Begründung**
- 12
- 13 Im Interesse einer wohnortnahen Beschulung ist in einigen Fällen die Erweiterung der Schul-
- 14 platzkapazität an bestehenden Standorten erforderlich. Dabei ist es wichtig, für die nachhalti-
- 15 ge Gewährleistung angemessener Lehr- und Lernbedingungen zu sorgen. Dazu gehört, dass die
- 16 bestehende Schulinfrastruktur auf ihre fortgesetzte Tragfähigkeit geprüft und bei Bedarf den
- 17 neuen Erfordernissen angepasst wird.
- 18

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A11-18

Antragsteller: AK Bildung Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich bei drei Nein-Stimmen und einigen EnthaltungenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Bundesparteitag möge beschließen

3 **Schulische Bildung muss auch Bundessache werden**

4 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses der anderen Landtage und des
 5 Bundestages werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass schulische Bildung zukünftig
 6 auch in die Verantwortung des Bundes und nicht mehr in die ausschließliche Zuständigkeit der
 7 Länder fällt. Hierbei ist eine Bildungsreform dahingehend voranzubringen, dass eine staatliche
 8 Finanzierung und Sicherung des Zugangs zu Bildung für alle sichergestellt wird. Es sollten mehr
 9 Gemeinsamkeiten zwischen den Bundesländern, einheitliche Standards und bundesweite Ziel-
 10 vorgaben geschaffen werden. In allen Fächern müssen alle Aufgaben der Abiturprüfungen aus
 11 einem einheitlichen Aufgabenpool kommen und folglich die Anforderungen an die Rahmen-
 12 lehrpläne für alle Klassenstufen bundesweit zentral festgelegt werden. Gleichzeitig ist eine
 13 konzeptionelle Stärkung der Einrichtungen vor Ort vorzunehmen. Für die Konkretisierung und
 14 Umsetzung des vorgegebenen Rahmens muss es mehr Autonomie für diejenigen geben, die
 15 unter den spezifischen Bedingungen vor Ort entscheiden und arbeiten.

16 Hierzu ist das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern durch eine Grundgesetzände-
 17 rung aufzuheben. Um die inhaltliche Ausgestaltung des schulischen Bildungssystems gleichbe-
 18 rechtigt auf mehrere Schultern zu legen, ist die Kultusministerkonferenz zu einer durch das
 19 Grundgesetz mandatierten Institution in Form eines Bildungsrates weiterzuentwickeln. Hierbei
 20 sollten in der erneuerten Kultusministerkonferenz Länder, Expertinnen und Experten, Men-
 21 schen aus der Berufspraxis und der Bund gemeinsam über Inhalte beraten.

22 **Begründung:**

23 Seit der zum 01.09.2006 in Kraft getretenen Grundgesetzänderung und der damit verbunde-
 24 nen Reform des Föderalismus in Deutschland ist die Zuständigkeit für Bildungsangelegenhei-
 25 ten nahezu vollständig Ländersache.

26 Die Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Bildungslandschaft durch den Bund sind auf sehr we-
 27 nige Bereiche – Hochschulzulassungen, Bildungsstandfeststellungen (zum Beispiel PISA) – be-
 28 schränkt. In der Konsequenz sind jeglichen Bemühungen, auf nationaler Ebene mehr Ver-
 29 gleichbarkeit in der Schulbildung, gemeinsame Qualitätsstandards, gemeinsame Abschlüsse
 30 und bundesweit einheitliche Ausstattungsniveaus in den Bildungsinstitutionen zu schaffen,
 31 enge Grenzen gesetzt. Eine direkte finanzielle Förderung durch den Bund - etwa zur Verbesse-
 32 rung im Bereich von Infrastruktur, Gebäuden, Ausstattungen und zusätzlichem Personal - wird
 33 durch das Kooperationsverbot unterbunden.

34 Neben den aufgrund von unterschiedlichen Schulsystemen der Länder auftretenden individuel-
 35 len Hürden ist in Bildungsvergleichstests wie PISA weiterhin ein eklatant unterschiedliches

ANTRÄGE

- 1 Abschneiden der Bundesländer zu beobachten. Zudem kommen Bundesländer wie unter ande-
- 2 rem Berlin nicht voran beim Abbau der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Her-
- 3 kunft. Das stellt die Frage nach bundesweiter Bildungsgerechtigkeit und macht deutlich, dass
- 4 ein dringender Handlungsbedarf hinsichtlich einer bundesweit deutlich erkennbaren politi-
- 5 schen Prioritätensetzung im Bereich Bildung besteht.
- 6 Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss auch als solche behandelt werden.
- 7

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A12-18

Antragsteller: AK Bildung Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich bei einigen EnthaltungenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Bedarfsgerechte Flexibilisierung von Kita-Öffnungszeiten**

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats sowie der Be-
 4 zirksverordnetenversammlungen und der Bezirksämter werden aufgefordert, sich dafür einzu-
 5 setzen, dass in jedem Bezirk bedarfsgerecht Einrichtungen mit Kita-Öffnungszeiten angeboten
 6 werden, die über die Kernbetreuungszeiten hinausgehen. Alternativ ist ein Ausbau der ergän-
 7 zenden individuellen Betreuung des Kindes zu Hause zu prüfen.

8 Ziel ist es nicht, dass die Kinder mehr Zeit in der Kita verbringen, sondern dass die Betreuung zu
 9 anderen Zeiten angeboten und damit an die Bedarfe der Familien angepasst wird. Flexiblere
 10 Kita-Betreuungszeiten unterstützen Vollzeit berufstätige Eltern mit längeren An- und Ab-
 11 fahrtswegen genauso wie Eltern im Schichtdienst, die sehr früh morgens oder spät abends ar-
 12 beiten, und Alleinerziehende. Sie ermöglichen so eine bessere Vereinbarkeit von Familie und
 13 Beruf bis hin zur Ermöglichung eines Wiedereinstiegs in das Berufsleben.

14 **Begründung:**

15 Es bewegt sich etwas in Berlin. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz besteht mittlerweile ab
 16 dem ersten Lebensjahr, ab August 2018 – bis auf das Mittagessen - kostenfrei. Das ermöglicht
 17 grundsätzlich immer mehr Eltern, ihre Kinder in die Kita zu schicken, wo sie schon frühzeitig
 18 eine altersgerechte Förderung erhalten und vom regelmäßigen Umgang mit Gleichaltrigen
 19 profitieren können.

20 Probleme ergeben sich allerdings speziell für viele berufstätige Eltern, deren Arbeitszeiten zu-
 21 züglich An- und Abfahrtswegen nicht mit den üblichen Kita-Öffnungszeiten vereinbar sind. Je
 22 nach Einrichtung ist derzeit zumeist eine Abholung bis 17 Uhr oder 18 Uhr erforderlich, was für
 23 Beschäftigte vieler Branchen kaum zu realisieren ist. Das gilt in besonderem Maße für die gro-
 24 ße Zahl Alleinerziehender in unserer Stadt.

25 Um allen Eltern - gerade auch denen, die sich ein regelmäßiges privates Babysitting nicht leis-
 26 ten können – eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewähren, ist eine bedarfs-
 27 gerechte Flexibilisierung von Kita-Öffnungszeiten erforderlich.

28

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A13-18

Antragsteller: AK Bildung Lichtenberg, Jusos Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlich einer EnthaltungWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Änderung der Erzieher*innen-Ausbildung**

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufge-
 4 fordert, sich für eine Änderung der Erzieher*innen-Ausbildung in den folgenden Punkten einzu-
 5 setzen:

- 6 1. Um mehr Menschen für den Erzieher*innen-Beruf zu motivieren, muss die Ausbildung
 7 mit einer angemessenen und auskömmlichen Ausbildungsvergütung versehen wer-
 8 den. Auf eine Ausbildung ohne Vergütung, welche eher mit Kosten versehen ist, muss
 9 verzichtet werden.
- 10 2. Die Ausbildung muss für die Auszubildenden kostenfrei bleiben. Hierzu ist die tempo-
 11 räre Lösung der Kostenübernahme in Berlin in eine ständige und allgemeine Regelung
 12 zu überführen.
- 13 3. Die Ausbildung sollte viel praktischer gestaltet werden. So sollte die Ausbildung im
 14 Rahmen eines dualen Systems stattfinden. Die Person, welche die Ausbildung durch-
 15 läuft, sollte einen Ausbildungsvertrag mit einer Kita bzw. ähnlichen Einrichtung ab-
 16 schließen und zusätzlich in einem bestimmten Intervall eine Schule (Berufsschule oder
 17 Fachhochschule) besuchen.
- 18 4. Diejenigen Einrichtungen, welche einen Ausbildungsvertrag schließen, müssen eine
 19 Person als Ausbildungsverantwortliche*n benennen. Diese Person muss dabei für ihre
 20 Ausbildungsverantwortung stündlich entlastet werden. Ihre Arbeitszeit muss also auch
 21 Betreuungszeit für die jeweilige auszubildende Person beinhalten. Auch darf diese Per-
 22 son aufgrund der Kürzung in der Betreuungszeit für Kinder nicht voll für die Be-
 23 treuungsquote mitgerechnet werden. Für diese Änderung ist die Anpassung der Aus-
 24 bildungsinhalte notwendig.
- 25 5. Darüber hinaus soll der Bildungsaspekt des Erzieher*innenberufs gestärkt werden.
- 26 6. Die Vergütung ist anzupassen.

27 Die Quote der Ausbildung in Einrichtungen öffentlicher Träger muss deutlich erhöht werden.
 28 Gerade Träger des Landes bzw. in der Kooperation mit den Bezirken müssen eine Vorreiterrolle
 29 einnehmen und die Ausbildung sowie den Beruf attraktiver und vielfältiger anbieten.

30 **Begründung:**

31 In Berlin fehlen tausende Kitaplätze und das schon seit Jahren. Ein Hauptgrund für das Defizit
 32 zwischen benötigten und angebotenen Plätzen ist aktuell der Bedarf an Personal. Für die Sozi-
 33 aldemokratie ist Bildung ein wichtiger Faktor um Zukunftschancen zu erhöhen und den eige-
 34 nen Weg unabhängig von der Herkunft zu gestalten. Daher sind uns gut ausgebildete Erziehe-
 35 rinnen und Erzieher so wichtig. Eine Lösung über Quereinsteiger*innen kann nur eine kurzfris-

ANTRÄGE

- 1 tige Notlösung sein und Berlin muss alles dafür tun, damit endlich sowohl gut ausgebildetes
- 2 Personal als auch eine ausreichende Anzahl an Kitaplätzen zur Verfügung stehen.
- 3

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag I01-18

Antragsteller: Kevin Hönicke

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlichWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:****1 „Faires Verfahren beim Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag“**

2

3 Wir fordern den Landesvorstand der Berliner SPD sowie die Mitglieder im Parteivorstand auf,
4 sich für ein faires Verfahren beim Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag einzusetzen. Aus den
5 Fehlern im Verfahren 2013 sollte gelernt und auf eine eindimensionale Werbung für eine etwa-
6 ige Zustimmung oder Ablehnung verzichtet werden.

7 Die Passage des angenommenen Leitantrags, die die Leitlinien für Debattenkultur vorgibt, wird
8 begrüßt:

9 "Unsere Basis entscheidet. Über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wird ein verbindli-
10 ches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden. Das haben wir be-
11 schlossen, und das zeichnet uns als lebendige Mitglieder-Partei aus. Damit dieser Prozess in-
12 nerhalb der Partei uns stärkt, ist uns wichtig, dass ein Abstimmungsverfahren angesichts der
13 leidenschaftlichen Debatte in der Partei von besonderer Fairness gekennzeichnet ist. Zur Ge-
14 währleistung eines fairen Verfahrens wird der Parteivorstand sicherstellen, dass im Rahmen
15 der Öffentlichkeitsarbeit, und vor allem auch im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen, die
16 diskursive Bandbreite der Debatte abgebildet wird."

17

18 Diesbezüglich und im Sinne einer fairen Debatte ist zu beachten, dass die offizielle Diskussion
19 über die Parteikanäle ausgewogen geführt wird. Hierfür muss gewährleistet werden, dass in
20 zukünftigen Brief- und E-Mail-Versendungen über die offiziellen SPD-Verteiler immer beide
21 Seiten der Debatte zu Wort kommen.

22 Auch ist sicherzustellen, dass mit den Wahlunterlagen zum Mitgliedervotum Argumente so-
23 wohl für als auch gegen eine Neuaufnahme der Großen Koalition versandt werden. Idealerweise
24 werden diese durch eine/n exponierte/n Vertreter/in der jeweiligen Position verfasst.

25

26 Dem Parteivorstand kommt in einer so wichtigen Phase nicht nur die Aufgabe zu, selbst eine
27 Haltung zu entwickeln und klar und offen zu vertreten. Ihm kommt auch die Aufgabe zu, ande-
28 ren Meinungen einen gleichberechtigten Zugang zur Debatte zu ermöglichen.

29

30 Begründung:

31 Beim Mitgliedervotum 2013 wurden mit den Wahlunterlagen ausschließlich Argumente für
32 den Eintritt in die Große Koalition versandt. Aus jedem Volksentscheid kennen wir ein besseres
33 Verfahren: Pro- und Contra-Argumente, verfasst von den jeweiligen VertreterInnen der einen
34 und der anderen Seite, werden gemeinsam mit den Wahlunterlagen versandt. Da es keinen
35 Bundesparteitag vor dem Mitgliedervotum geben wird, ist der Weg der direkten Kommunikati-
36 on von Kreis- und Landesverbänden an den Bundesvorstand die zielführendste Lösung.

37 Begründung zum Initiativ-Charakter:

ANTRÄGE

- 1 Der Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen zur Großen Koalition lag nach dem An-
- 2 tragsschluss der KDV der SPD-Lichtenberg.
- 3

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag I02-18

Antragsteller: Horst Uebelgünn

KDV Lichtenberg am 27.01.2018

Beschluss KDV mehrheitlichWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission:

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2
- 3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und die sozialdemo-
- 4 kratischen Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefordert, eine Verlagerung von Sanie-
- 5 rungs- bzw. Neubaumaßnahmen von Schulen in privatrechtlich organisierte Gesellschaften zu
- 6 verhindern.